

Stellungnahme der AfD zum TOP 1 „Finanzentwicklung des Landkreises Rastatt“ im „Ausschuss für Verwaltung und Finanzen“ am 20.10.2015

Sehr geehrte Anwesende.

Ganz wesentlich für die Finanzentwicklung des Landkreises Rastatt wird in der Tat die Entwicklung der Flüchtlingskrise sein. Ich halte es für angebracht zu deren finanziellen Charakterisierung ein paar wenige aber durchaus kennzeichnende Zahlen in Erinnerung zu rufen.

Aus diesen Zahlen ergeben sich Konsequenzen auch für den Kreistag Rastatt, auf die ich abschließend eingehen werde.

Ich beschränke mich auf 3 Bereiche.

Zahlen aus einem 1. Bereich: Kosten für einen Flüchtling/Jahr

Als **Kosten/Jahr** für einen Flüchtling im Landkreis Rastatt steht eine Erstunterbringungs-Pauschale von

13.260 EUR zur Verfügung.

Das UNHCR rechnet aber für einen Flüchtling in den Lagern im Libanon, Jordanien, Irak usw. mit Kosten/Jahr von nur rund

350 EUR (28 EUR/Monat)

Man würde dort damit also 37 Flüchtlingen statt nur einem hier im Landkreis helfen. Selbst bei angebrachter Verdreifachung der Mittel wäre immer noch mehr als einem Dutzend Flüchtlingen geholfen.

Und vor allen Dingen wirklich Bedürftigen, die nicht die Physis und die Mittel haben, um sich tausende Kilometer weit nach Rastatt durchzuschlagen.

Zahlen aus einem 2. Bereich: Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF)

Die **Kosten/Jahr** für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling sollen im Landkreis Rastatt nur rund

54.000 EUR betragen.

(Quelle Sozialdezernat Landkreisamt Rastatt)

Im grün regierten Stuttgart aber schon **104.400 EUR**

(Quelle Stuttgarter Nachrichten 18.02.15)

Im ebenfalls grün regierten Freiburg sogar **122.275 EUR** Das wäre ein gut qualifizierter Mediziner fürs Klinikum Mittelbaden.

Die erhält das Christopheruswerk. Mit dem Ergebnis, daß von den 63 umFs 38 unter Anklage standen, meistens wegen Raubüberfällen. Stand Mai 2015.

(Quelle Badische Zeitung, 23.05.15)

Zahlen aus einem 3. und letzten Bereich: Bisheriger Gewinn der BRD durch Zuwanderung

In der Presse häufig zitiert wurde, z.B. im Badischen Tageblatt 28. Nov. 14 eine Bertelsmannstudie unter der fetten Titelzeile:

"Zuwanderung nützt dem Sozialstaat"

Zitat:

"Jeder Ausländer zahlte demnach im Jahr durchschnittlich 3.300 Euro mehr Steuern und Sozialabgaben, als er an staatlichen Leistungen erhielt."

Zitatende.

Las man in der Studie * ein paar Seiten weiter (dem Internet sei Dank!), so fand man aber, was erstaunlicherweise verschwiegen wurde:

Zitat:

"Stellt man alle allgemeinen Staatsausgaben, etwa für Verteidigung oder Straßenbau, mit in Rechnung, schlägt für jeden lebenden Ausländer ein langfristiges Staatsdefizit von 79.100 Euro, für jeden lebenden Deutschen von 3.100 Euro zu Buche."

Zitatende.

Jeder Ausländer machte also bisher das 25-fache an Schulden wie ein autochtoner Deutscher. Das ist die bisherige Erfahrung, auf die auch Hans-Werner Sinn hinwies.

Zum Schluß vor diesen selbstredenden Zahlen ein **Appell** an den Kreistag Rastatt.

Die meisten der hier anwesenden Kreisräte sind in einer Partei verortet, die Verantwortung trägt in Parlamenten und Regierungen auf Landes- Bundes- und europäischer Ebene.

Sie, verehrte Kreisräte haben die Sachkenntnis vor Ort!

Sorgen sie bitte zunächst dafür, daß absurde Haltungen revidiert werden wie die von Frau Carmen Merkel (Gaggenau) vertretene: Es gebe keine guten und schlechten Flüchtlinge.

Sowie die gleichartige Haltung der Bundestagsabgeordneten der SPD aus unserem Wahlkreis, Frau Katzmarek, die behauptete: Durch Einteilung von „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen würde die Diskussion angeheizt.

(Quelle Badisches Tageblatt, 28.04.2015; 03.08.2015)

Es ist doch gerade die **fehlende Trennung** von „guten“ Flüchtlingen nach GG 16 a und Genfer Flüchtlingskonvention von „schlechten“, die aus wirtschaftlichen Gründen kommen, was die Emotionen schürt.

Wirken Sie darüber hinaus mit Ihrer Expertise auf ihre Parteiführungen ein, die Flüchtlingspolitik wenn schon nicht im Sinne der AfD, so doch wenigstens im Sinne der CSU unter Seehofer zu verändern!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit

Daraufhin erfolgten sehr negative Wortmeldungen der Herren Kreisräte Weber (SPD), Pfirrmann (FW) und Jäckel (FDP).

Tenor etwa: Das sind Zahlen, Flüchtlinge sind aber Menschen.

Eine sich anbahnende Diskussion wurde vom Landrat unterbunden.

* Quelle

http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEW_BeitragZuwanderungStaatshaushalt2014.pdf